

Bezugspreis: Vierteljahr 3.00 M., monatlich 1.00 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugspreis: Vierteljahr 3.50 M., monatlich 1.20 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Unter Bezugnahme für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21.50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die abgeheilten Anzeigenblätter kosten 5.50 M. ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 10. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Erleichterung der Sanktionen?

London, 10. März. (Holländisch Newsbureau.) Offiziell wird gemeldet, daß die Versammlung des Obersten Rates die Einzelheiten über die Anwendung der Sanktionen geregelt hat. Die Führer der Alliierten sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Sanktionen erleichtert werden, falls eine befriedigende Lösung für die Frage des Schadenersatzes, der Entwaffnung und der Aburteilung der Kriegsverbrechen zustande kommt.

London, 10. März. (Von dem Sonderberichterstatter von Havas.) Der Oberste Rat regelte heute die Einzelheiten der Durchführung der Zwangsmaßnahmen und sandte zu diesem Zweck ein Telegramm an Herrn Tardieu, Vorsitzenden der Interalliierten Rheinlandkommission. Die Zollgrenze am Rhein wird die drei Brückenköpfe und die drei erst jetzt besetzten Städte (Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort) in sich einschließen und so etwas auf das rechte Rheinufer übergreifen. Die Festlegung der Zollsätze für den Übergang von dem einen Rheinufer auf das andere wird der Beurteilung durch die hohe Kommission überlassen.

Paris, 10. März. (W.T.B.) Wie Havas meldet, besagt der Bericht über die Vormittagsitzung der Konferenz ausdrücklich, daß bis auf weiteres der Zoll in dem besetzten Gebiete nach dem gegenwärtigen deutschen Zolltarif erhoben wird.

Belgien, Italien und Japan verzichten.

Paris, 10. März. (W.T.B.) Wie Berlinag mitteilt, hat die gestrige Verhandlung in London ergeben, daß weder Belgien, noch Italien, noch Japan die ernste Absicht haben, die Maßnahmen hinsichtlich der Beschlagnahme eines Teils des Verkaufswertes der deutschen Einfuhrwaren durchzuführen. Die Belgier hätten auf ihren Transitverkehr hingewiesen, der für den Hafen Antwerpen notwendig sei. Infolgedessen sei beschlossen worden, hinsichtlich der Ausführung dieser Maßnahme eine weitherzige Auslegung zuzulassen.

Kabinettsrat.

Minister des Auswärtigen Dr. Simons erstattete heute vormittag dem Reichskabinettsrat Bericht über den Verlauf der Londoner Verhandlungen. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird den Bericht im Laufe des Nachmittags entgegennehmen. Die deutschen Botschaften in London und Paris sowie unser Gesandter in Brüssel sind in Berlin eingetroffen.

Lloyd George über die Frage der Autonomie.

Paris, 10. März. (W.T.B.) Nach einem Telegramm aus London veröffentlicht Reuters eine Note, in der besonders hervorgehoben wird, daß Lloyd George gestern auf gewisse Kommentare der französischen Presse hingewiesen habe, in denen gesagt wurde, die Errichtung einer neuen Zollgrenze am Rhein könne als der Anfang, wenn nicht der Annexion der Rheinlande, so doch als eine ernstere Trennung zwischen dem besetzten und dem unbefetzten Deutschland aufgefaßt werden. Aus diesem Grunde schreibe es, daß ein gewisser Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich die letzten Entscheidungen der Londoner Konferenz als einen Erfolg der separatistischen Tendenz auffasse. Lloyd George habe ferner gesagt, obwohl er vollkommenes Vertrauen zu Briand habe und auch zur Vernunft der Mehrheit seiner Landsleute, und obwohl er Versicherungen Clemenceaus sowie von Millerand besitze, müsse er dennoch eine neue und endgültige Versicherung des Ministerpräsidenten Briand erhalten, daß Frankreich weder eine Annexion, noch die Autonomie der Rheinlande ins Auge fasse. Ministerpräsident Briand habe formell erklärt, daß unter den verantwortlichen französischen Staatsmännern kein derartiger Gedanke geherrscht habe, und er habe hinzugefügt, es gäbe von hundert Franzosen nicht fünf, die von etwas derartigem träumten. Lloyd George habe in seiner Antwort gesagt, er sei sehr glücklich über diese Versicherung. Er habe hinzugefügt, daß er persönlich niemals einen Zweifel über die Haltung des französischen Ministerpräsidenten nach dieser Richtung gehabt habe.

Der Handel mit England unterbrochen.

London, 10. März. (E.C.) Bonar Law kündigte gestern im Unterhause an, daß, bevor das neue Gesetz über die Einfuhrabgabe nicht durchgeführt sein werde, alle Handelsbeziehungen zwischen England und Deutschland unterbrochen sein würden.

Die Amerikaner bleiben.

Paris, 10. März. Havas meldet aus London: Die englischen Zeitungen veröffentlichen ein Telegramm aus Washington, das besagt, daß die amerikanischen Truppen am Rhein bleiben, bis die Reparationsfrage geregelt sei. Harding habe beabsichtigt, sie sofort nach seinem Amtsantritt zurückzuberufen. Er glaube jedoch, daß unter den gegenwärtigen Umständen diese Zurückziehung von den Alliierten ungünstig aufgenommen werden könnte.

Neue Bestimmungen für Düsseldorf.

Düsseldorf, 10. März. (W.T.B.) Die Besatzungsbehörde in Düsseldorf hat eine Verordnung erlassen, wonach der Aufenthalt auf den Straßen von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens

verboten ist. Die Straßenbahnen stellen infolgedessen von 9 Uhr abends ab ihren Betrieb ein. Auf Befehl des Oberkommandierenden Generals Degoutte muß die Grüne Polizei in Düsseldorf auf 600 Mann vermindert werden. Die Auswahl der Beamten, die hierbleiben dürfen, liegt in den Händen der Besatzungsbehörde.

Wie die P.P.R. von zuständiger Stelle hören, haben sich die Franzosen in dem neubefetzten Gebiet von Düsseldorf und Duisburg zu einem Einschreiten gegen die heimtücklichen Oberschlesier verhalten lassen und deren Bureaus, die ihnen von Polen genannt wurden, geschlossen. Dem Bezirksleiter Rowal wurde eine Aktentasche mit Geld, Schecks und Ausweisen weggenommen. Den Abstimmungsberechtigten wird die Fahrt nach Oberschlesien erschwert. Die deutsche Regierung hat bereits deshalb bei der Interalliierten Kommission in Opatow und in Paris Beschwerde erhoben.

„Kein Streit wird gebudet“.

Aus Düsseldorf geht uns das Original der in zwei Sprachen abgefaßten Verordnung des Oberbefehlshabers der alliierten Besatzungstruppen, Generals Degoutte, zu. Diese Verordnung, die den Besatzungszustand verhängt, ist links in französischer, rechts in deutscher Sprache gehalten. Der Punkt 2 der Verordnung hat in der deutschen Uebersetzung folgenden Wortlaut:

„Die Ordnung darf unter keinen Umständen gestört werden. Die deutschen Behörden sowie die öffentlichen Dienststellen werden unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden ihren Dienst weiter versehen. Die Beamten bleiben auf ihrem Posten. Jede Verletzung von Material ist strengstens untersagt. Kein Streit wird gebudet.“

Dieser letzte Satz ist merkwürdigerweise in der französischen Ausgabe nicht enthalten. Man zerbricht sich in Düsseldorf den Kopf, weshalb er dort wohl fortgelassen sei. Man nimmt an, daß diese Unterlassung deswegen erfolgt sei, weil man den französischen Arbeitern, die sicher nur den französischen Text zu lesen bekommen, die Tatsache des Streikverbots vorenthalten will. Denn schließlich will ja doch Degoutte im eigenen Lande als der „Befreier“ erscheinen und nicht als Gerichtsvollzieher des Ententeimperialismus.

Gamborn vorläufig nicht besetzt.

Düsseldorf, 10. März. (P.P.R.) Die Nachrichten von einer Besetzung Gamborns treffen vorläufig nicht zu. Eine interalliierte Kommission hat sich gestern aus Gamborn wieder entfernt, allerdings mit der Erklärung, daß eine andere Kommission eintröste. Doch glaubt man, daß die Truppen irrtümlicherweise zu weit vorgestoßen waren. Hingegen bleibt die August-Thyssen-Hütte von belgischen Radfahrtruppen besetzt. Gerüchte von einer Besetzung Oberhausens sind darauf zurückzuführen, daß gestern die Stadt durch Truppen zu Aufklärungszwecken durchsucht wurde.

Die Wünsche der Besetzten.

Koblenz, 10. März. (W.T.B.) Anlässlich der Besprechung von Vertretern der rheinischen Bevölkerung vor der Interalliierten Rheinlandskommission hatte ein Pressevertreter den Wunsch geäußert, daß es den Zeitungen ermögligt werde, die Parlamentsberichte ungekürzt zu veröffentlichen, auch dann, wenn in den Reden der Abgeordneten Kritik an den Entente-Regierungen und der Rheinlandskommission geübt werde. Die Rheinlandskommission hat dem Wunsch entsprochen und dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitgeteilt, daß der Veröffentlichung der Sitzungsberichte der parlamentarischen Verhandlungen nichts im Wege stehe, vorausgesetzt, daß dieses Recht nicht durch eine böswillige Entstellung mißbraucht werde, durch die die Sicherheit oder die Würde der Behörde oder der Besatzungstruppen beeinträchtigt würde.

Gegen den Krieg.

Paris, 10. März. (W.T.B.) Auf Einladung des leitenden Ausschusses der Sozialistischen Partei hatte gestern abend eine Union der Syndikate des Seinebezirks eine Versammlung von Vertretern der beiden genannten Organisationen, der Anarchistischen Vereinigung, des Arbeiterbundes, der Kriegsbeschädigten und des Verbandes der kommunistischen Jugend sowie des Ausschusses für soziale Verteidigung veranstaltet. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Frage der gegen den Krieg zu ergreifenden Maßnahmen. Ein Ausschuss wurde ernannt, der allabendlich zusammenzutreten und die internationale Lage prüfen soll. Ein Aufruf an die Arbeiter wird von diesem Ausschuss verfaßt und im Laufe des morgigen Tages veröffentlicht werden. Für Freitag abend ist eine große Versammlung angesetzt worden.

Der Ministermord in Spanien.

Madrid, 10. März. Nach Blättermeldungen wurden infolge des Mordanschlages bereits 50 Verhaftungen vorgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich mehrere Syndikalisten und Sozialisten, darunter auch bekannte Journalisten.

Welt-Wirtschaftskrise.

Das Reichsernährungsministerium gewährte dem Landwirt, der über 70 Proz. seines Lieferungsolls an Brotgetreide und über 50 Proz. des Hafers absetzt eine sogenannte Maisprämie. Das heißt, der Landwirt erhält für jeden Zentner Getreide, den er über die genannte Höhe seines Lieferungsolls absetzt, einen Bezugschein für Mais, und er erhält diesen Mais für 60 M. den Zentner, während der Handelspreis 160 M. beträgt. Somit wird dem Landwirt eine Prämie für einen Teil seines Getreides gewährt, die auf ungefähr 100 M. pro Zentner zu veranschlagen ist, d. h. 2000 M. für die Tonne. In verschleiierter Form ist also wiederum eine Erhöhung des Preises für Brotgetreide und Hafer zur Durchführung gekommen, und zwar in einem so reichlichen Ausmaß, wie es bisher noch nicht erzielt wurde. Der Zuschlag ist höher als der gültige Getreidepreis, der für Weizen 1640 M. beträgt und mit der Maisprämie dann auf 3640 M., für Hafer auf 3450 M. hinaufgetrieben wird. Damit wären wir dann so ziemlich an den Weltmarktpreis gelangt, und es verschwindet der Nutzen für die Reichskasse, der aus dieser Manipulation hergeleitet wurde. Die 2000 M. Prämien werden aus der Reichskasse geschossen; es ist ein besonderes Geschenk an die Landwirte. Dem Reichstag machte man die Sache dadurch schmackhaft, daß man behauptete, es würde die größere Ablieferung von Inlandsgetreide eine Ersparnis bedeuten für die damit zusammenhängende Minderereinfuhr von Auslandsgetreide. Diese Aussicht schwindet, sobald der Dollar sinkt; wir hatten bereits einen Stand des Dollar, der es gestattete, Getreide zu dem hier verrechneten Inlandspreis aufzukaufen. Die Prämienwirtschaft sollte den Landwirt in die Lage versetzen, im Mais das nötige Viehfutter zu erhalten, damit er nicht das Brotgetreide in den Viehtrog schüttert. Nun wird erklärt, daß der Landwirt für den Mais keine Verwendung hat, und es bildet sich für die Bezugscheine ein Handel heraus, ähnlich wie seinerzeit bei den Ausfuhrscheinen für Getreide. Diese Bezugscheine werden nun auch von den Brennereien aufgekauft, und damit wird der Zweck, unsere Viehhaltung mit dem Mais aufwärtszubringen, zum Teil vereitelt. So offenbart sich die ganze Maisprämie als eine Liebesgabe, die beim Großgrundbesitz, wo sehr erhebliche Mengen der restlichen Ablieferung in Frage kommen, zu einer enormen Bereicherung führen muß.

Trotz der verhältnismäßig guten Kartoffelernte im vorigen Jahre verlangt der Kartoffelgroßhändler-Verband die freie Einfuhr vom Ausland, weil er glaubt, damit die Preise im Inland in den gegenwärtigen Grenzen zu halten. Danach muß man annehmen, daß trotz des ungünstigen Standes unserer Valuta die Preise im Inland bereits über die des Auslandes hinausgegangen sind. Die Preistreiberei hat also glänzende Fortschritte gemacht.

Die kapitalistische Entwicklung drängt weiter zu einer Konzentration der Kräfte. Schon seit einiger Zeit waren Bestrebungen im Gange, einen Petroleumtrust der beiden maßgebenden deutschen Gesellschaften zustande zu bringen. Diese Bemühungen scheinen nun nach einer etwas anderen Richtung zum Abschluß zu kommen. Die deutsche Petroleumgesellschaft kommt nicht mehr in Frage. Unter Führung der deutschen Erdöl A.-G. hat sich in der Schweiz eine Trustgesellschaft mit 210 Millionen Frank Kapital gebildet. Neben der deutschen Gesellschaft haben Anschluß gefunden die böhmischen Unternehmungen des Herrn v. Liebig und die einer französischen Gruppe gehörenden galizischen Petroleumquellen. Damit ist die Entwicklung des sehr finanzkräftigen Unternehmens noch nicht zum Abschluß gebracht, sondern es wird nunmehr erst die Erwerbung neuer Ausbeutungsobjekte betrieben werden. Das Unternehmen stellt sich weiter die Aufgabe, die in Esch und Hannover befindlichen Erdbetriebe durch Schachtausbau in den Leistungen zu erhöhen und die in einem neuen Verfahren erprobten Herstellung von Mineralölen aus bituminöser Kohle und ölhaltigem Schiefer in großem Maßstabe auszunutzen. Damit dürfte wohl dem amerikanischen Petroleumtrust, der Standard Oil Company, eine sehr beachtliche Konkurrenz entstehen oder zu gelegener Zeit das Aufgehen in den Welttrust sich vorbereiten.

Wie stark sich die Weltkrise in der Außenhandelsbilanz der Staaten bemerkbar macht, dafür einige Zahlen aus den letzten Veröffentlichungen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Deutschland betrug im Januar d. J. 48,9 Millionen Dollar oder 10 Millionen weniger als im Dezember. Die Einfuhr von Deutschland nach Amerika belief sich auf 4,6 Millionen Dollar oder 1 Million weniger als im Monat vorher. Die schweizerische Handelsstatistik ergab im Jahre 1920 in der Einfuhr 4,2 Milliarden Frank gegen 3,5 Milliarden im Jahre 1919. Die Ausfuhr erreichte 3,3 Milliarden Frank, sie weicht vom Vorjahr nicht erheblich ab. Die Ausfuhr Belgiens beziffert sich 1920 auf 3,7 Milliarden Frank gegen 2,3 Milliarden im Jahre 1919. Die Einfuhr stieg von 5,2 Milliarden auf 11,2 Milliarden Frank. Die dänische Handelsbilanz schließt mit einem sehr hohen Einfuhrüberschuß von

1874 Millionen Kronen ab gegen 1654 Millionen im Jahre vorher.

Der gleiche wirtschaftliche Druck, der auf allen Industrie-staaten lastet, zeitigt auch gleiche Erscheinungen. Wir klagen über den schlechten Stand unserer Eisenbahnen, über die enorm hohen Zuschüsse, die diese einst gut florierenden Unternehmungen jetzt erfordern. Bei den englischen Eisenbahnen wird das Defizit für 1920 ungefähr 45 Millionen Pfund betragen, und die französischen Eisenbahnen geben ihren Fehlbetrag auf 2800 Millionen Frank an.

Die englische Regierung nützt die Situation, die durch die Wirtschaftskrise entstanden ist, zu einem Vorstoß auf dem Gebiet der Schutzpolitik aus. Die Arbeitslosigkeit macht ihr auch in den Kreisen die Stimmung geneigt, die bisher dem Freihandel günstig gewesen waren. Die Vorlage, die vom Kabinett an das Unterhaus gebracht wird, will die Einfuhr einiger Waren überhaupt von einer Erlaubnis abhängig machen, es soll sodann versucht werden, nach dem Stand der Valuta des Auslandes den Zoll zu bemessen. In Handelskreisen macht sich gegen diese Behinderung des Handels eine lebhaftere Opposition bemerkbar, ob es ihr aber gelingt, das Vorhaben der Regierung zu hindern, steht dahin. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine solche Zollbehandlung für den deutschen Export geradezu verhängnisvoll werden muß. In den Vereinigten Staaten sind die Kräfte für die Neuordnung des Zolltarifs gleichfalls am Werke, so daß auch dort ein wichtiger Markt für den Absatz deutscher Waren, wenn nicht verloren geht, so doch stark beschränkt wird.

Bündnis und Kampf zugleich?

Das preußische Zentrum hat gestern erklären lassen, daß es ohne Deutsche Volkspartei keine Regierungskoalition in Preußen bilden wolle.

Im gleichen Augenblick aber veröffentlicht die „Germania“, das führende Berliner Zentrumsblatt, eine auffällig scharfe Kampfansage gegen die Stinnes-Beute. Wie wir schon mitteilten, soll der Außenminister Simons von rechts her gestürzt werden. Die reaktionäre Presse veröffentlicht Tag für Tag die schärfsten Artikel gegen die Heimkehrer. Die Seele dieses Treibens sieht die „Germania“ in Herrn Stinnes und seiner schwerindustriellen Gefolgschaft. Die „Germania“ schreibt: Wer verstehen wolle, wodurch Minister Simons sich den Zorn des „Ausrückers“ zugezogen hat, der mußte von der Konferenz in Spa ausgehen.

Seidem hatte man in manchen Kreisen sogar den Eindruck, daß was unsere Außenpolitik anbelangt, kein Blatt vom Baume zu fallen vermöchte, ohne daß Herr Stinnes oder ihm nahestehende Schwerindustrielle vorher mindestens ihre Meinung zum Ausdruck bringen konnten. Jedenfalls waren das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und die Schwerindustrie im verflochtenen Jahr einander nicht fremd. Nun soll, wenn wir den parlamentarischen Wind in den Kreisen der Deutschen Volkspartei richtig deuten, auf einmal Sturm gegen Dr. Simons geblasen werden. Wir sind bereits gespannt, wer der Hauptling im bestimmenden Kampf sein wird. Ist nicht bei der Schwerindustrie vielleicht schon lange ein Anblein für diesen Posten geboren, das irgendwo als Generaldirektor sich das Vertrauen des uneingeschränkten Königs Stinnes erworben hat?

Dieser scharfe Ausfall gegen Stinnes und seine Partei in dem Augenblick, wo man ihn als notwendiges Koalitionstitel erklärt, zeigt zum mindesten, daß die Rechtsneigung in der Zentrumspartei nicht einheitlich vorhanden ist.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

In unserer Mitteilung über die interfraktionellen Verhandlungen der bisherigen Koalitionsparteien ist infolge eines Hörfählers bei der telephonischen Uebermittlung ein Irrtum unterlaufen. Der letzte Satz muß heißen: „Zugleich seien die bisherigen Koalitionsparteien frei (nicht bereit), über die Regierungsbildung mit anderen Parteien in Verhandlungen einzutreten.“

An der Dreiländerecke.

Wyslowitz! Die südöstliche Ecke des ober-schlesischen Abstammungsgebietes. Ich war seit den Aufstandstagen des Jahres 1919 nicht wieder dorthin gekommen. Die Trümmerstücke des von den Aufständischen beschossenen Bismarkturm lagen noch um den Turm herum, und um die Höhen des Grenzflusses zogen sich noch die Schützengraben der deutschen Grenzposten. Aber diese Erinnerungen an recht wenig freundliche Zeiten können nicht darüber hinwegtäuschen, daß heute auch über dieser äußersten Ecke des deutschen Landes ein friedlicher Wind hinwegzieht. Aus Wyslowitz fährt ein kleiner Eisenbahnzug, gemischt aus deutschen und polnischen Wagen, mit einer recht urfälligen Lokomotive, die vermutlich auch drüben beheimatet ist, nach Polen hinüber.

Unten am Flusse liegen immer noch die Steinmassen der bei Kriegsausbruch gesprengten Eisenbahnbrücke; die beiden Mittelpfeiler der Brücke, die heute Polen mit Deutschland verbinden, sind eigentlich überflüssig geworden, denn die neue Eisenkonstruktion, die man der Brücke gegeben hat, ruht auf dem Mauerwerk der beiden Ufer. Auf dem Brückende stehen drei polnische Legionäre. Brückenwache. Sie sehen über das Land hinüber und hinunter in den Fluß, der, vollstrotzend und lehmig, seine Wassermassen mit starker Strömung und lautem Gespatter unter den Brückenpfeilern hindurchtreibt.

Drei Staaten fließen hier zusammen, nur durch die Grenzgewässer getrennt. Heute sind es nur noch zwei. Man kann von der Höhe des Bismarkturmes, noch besser vom Turme selbst, weit hinübersehen in das galizische und polnische Land und rückwärts nach Oberschlesien hinein. Eigentlich sieht es recht freundlich aus da drüben. Wald, Wald und immer wieder Wald. Was an menschlichen Wohnstätten alles zwischen und an den Geländehöhen liegt, läßt sich oft schwer unterscheiden. Es sieht aus, als schäbe sich eine Ortschaft in die andere.

Ein starker Unterschied macht sich bemerkbar. Man betrachte nur die einfachen Formen der neueren Kirchen in Wyslowitz und drüben wenige Meilen hinter der Grenze die schöne Kirche des polnischen Vertchens Niwka, einen großen, leuchtend roten Ziegelaufbau in halbrundem Giebel. In anderer Beziehung ist der Gegensatz noch deutlicher. Man werfe vom Dreiländereck rückwärts einen Blick ins ober-schlesische Grenzland. Ein erregendes Gewirr von Fördertürmen, Hütten- und Eisenindustriewerken gigantischer Form in wilderster Massenanhäufung. Kein Auge findet sich darin zurecht. Und drüben? Nach Polen und Galizien? Der erste Eindruck ist Wald! Man sieht auch Fördertürme und Schornsteine, aber doch vereinzelt und viel seltener. Es scheint, daß es drüben land-

Die Schuld am Weltkriege.

Der mit der Aufklärung der Vorgänge, die zum Weltkrieg geführt haben, betraute Untersuchungsausschuss des Reichstags hat in seiner Mittwochssitzung die Annahme folgender Feststellung beschlossen: „Der Ausschuss hat die von den Sachverständigen erstatteten Referate nebst den von ihnen beigebrachten Belegen aus den deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Akten, aus dem englischen Admiralsbericht über den Weltkrieg und aus verschiedenen amtlichen französischen Angaben geprüft. Er hat zunächst festgestellt, daß weder in Deutschland, noch in Oesterreich-Ungarn Anordnungen ergangen sind, denen der Charakter einer geheimen Mobilmachung innewohnen hätte. Die Frage, ob Rußland während eines längeren Zeitraums vor der offiziellen Mobilmachung im geheimen direkte Kriegsvorbereitungen getroffen hat, soll noch geklärt werden.“

Pfeffers Taten in Arnswalde.

Stargard, 10. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Donnerstag wird die Beweisaufnahme fortgesetzt. Der Landrat von Arnswalde, Dr. Braun, hält das Unternehmen Pfeffers für unvorsichtig und nicht sachgemäß. Er habe Pfeffer auch auf die irreführende Art und Weise aufmerksam gemacht, wie in Arnswalde von den Pfefferleuten gearbeitet wurde, besonders von den höheren Offizieren, die in provozierend lauter Sprache mit militärischen Ausdrücken um sich warfen. Zeuge habe Pfeffer darauf hingewiesen, daß er es sich selbst zuschreiben haben würde, wenn er Unannehmlichkeiten hätte. — Der Leutnant Schlurenberg von den Pfeffer-Beuten sei auf dem Marktplatz von Arnswalde mit dem Motorrad herumgefahren und habe dabei einen Mann angefahren; statt sich zu entschuldigen, habe er ihn angeschrien. Die Arbeitsgemeinschaft habe sich in kürzester Zeit als unbrauchbar erwiesen, so daß der größte Teil in kurzer Zeit wieder verschwand.

Der Zeuge Wiegand erzählt von einer Beschlagnahme von 40 Gewehren.

Wiegands Ladung war vom Landarbeitersekretär Bregger gestern angeregt worden und gegen den Willen der Verteidigung und des Staatsanwalts beschlagnahmt worden. Der Landarbeiter Wiegand erzählt sehr ausführlich die tatsächlich vorgekommene Waffenschlebung, ohne daß sich daraus ein Zusammenhang mit Pfeffer ergäbe. Der Zeuge läßt sich nicht irre machen in seiner Erzählung, obwohl das Gericht sich über seine epische Breite lustig macht. Die Zunker, die beim Morgenthalet im Hotel den ganzen Prozeß ein Theater nennen, haben vollkommen recht. Seltener hat ein Vorliegender die Würde eines Gerichts weniger gewahrt als der Landgerichtsdirektor Schmidt-Bionde, der die Aufklärung der Tat mit Ausnutzung jeder Situationskomik verbindet.

Treu deutsch bis zum Geldbeutel.

In der Dienstagabendausgabe der „Deutschen Tageszeitung“ finden wir folgendes Inserat:

Für bald oder 15. 3. gesucht gut empfohlenen Vorarbeiter mit ca. 15 Beuten, bevorzugt gef. polnische Landarbeiter. Rittergut Ober-Reundorf, Kreis Ostlitz.

In Deutschland hungern über eine Million Proletarier und ihre Familien wegen Arbeitslosigkeit, und vierzehn Tage vor der entscheidenden Abstimmung sucht ein deutschnationaler Rittergutsbesitzer in seinem Leiborgan polnische Arbeiter — weil sie gefügiger und billiger sind. — Geschäft ist Geschäft!

In derselben Ausgabe des genannten Blattes wird ein nationalgefingter junger Mann zur Bewachung „der Viehherde“ gesucht. Ob dieser eine junge Mann genügt, um alle deutschnationalen Dajfen zu bewachen?

Landtagwahl und Tanzvergnügen.

Ein bezeichnendes Licht auf den Terror, der von agrarischer Seite nicht nur in politischer Hinsicht gegen die Landarbeiterschaft ausgeübt wird, wirft folgendes wahre Geschichtchen, das uns aus

schäftlich schöner ist, aber wo die größere wirtschaftliche Bedeutung liegt, kann nicht zweifelhaft sein.

Wyslowitz, die alte Grenzstadt, macht zu einem Teil einen soliden, bürgerlichen Eindruck. Sie ist vom Amerikanismus nicht so erfaßt, als die anderen ober-schlesischen Industrieorte, und ist im Frühjahr und Sommer immer noch schön, wenn auch die große Wpawogruben sich weit hereinzieht in den Komplex der Häuser.

Geht man heute durch Oberschlesien hindurch, so hat man stets das eine mächtige Gefühl: dieses Land hat eine gewaltige Zukunft, eine unerhörte Blütezeit vor sich, wenn das Schicksal der Abstimmung es nicht losreißt aus dem Verbände der deutschen Republik. Was losgerissen wird, sinkt östlich ab.

Wenn heute die Abstimmungszüge nach Oberschlesien fahren, so mögen die, die auf wenige Tage ihre alte Heimat wiedersehen, stets eingebettet sein, wieviel von jenem kleinen Stimmzettel abhängt, den sie irgendwo in der südöstlichen Ecke des Deutschtums der Wahlurne anvertrauen. Kurt Kreischmar.

Das Kunstchaos von heute. Die Kunsterscheinungen der neuesten Zeit sind für den Beobachter zunächst verwirrend und widerspruchsvoll. Es bedarf eines eindringlichen soziologischen und ästhetischen Studiums, um darin Gesetzmäßigkeit und neue Beziehungen zu erkennen. W. W. S. radt leistet in einem Beitrag im Februarheft des „Kunstblattes“ solche vorbereitende Arbeit. Er charakterisiert das Kunststreben:

„Es mehren sich die Zeitschriften, Salons, Theater, es tun sich fast täglich Verlage auf, bilden sich täglich fast neue Malerguppen, Kunstvereine, Kunstvereine, literarische Vereinigungen, eine Sturzwelle zumal von Graphik geht über uns hin und das alles ohne jenes Grundbewußtsein, ohne den Festsitz eines allgemeinen Seelenkerns, ohne die achtsame Beauftragung seitens jener kulturellen Selbstbewußtheit, die sich in den Bestellungen der Kunst nur ihr Symbol, ihr Antlitz schließt, wie es doch der Sinn der Kunst ist. Und je mehr wir aus dem Stadium des Zweifels und der Mißstimmung in das einer ganz ausgesprochenen Erkenntnis von Unwert, von der Beziehungslosigkeit, von der Unursprünglichkeit dieses ganzen anpruchsvollen aufstrebenden Treibens gelangen und uns mit Gedanken beschäftigen, wie das ganze künstlerische Dasein der Zeit sich auf eine neue, echte, wirklich notwendige Grundlage stellen solle, — um so heftiger arbeitet die große Kunstgenirung, um so krasser divergieren die Formtendenzen, um so schamloser bietet sich das Erzeugte an, um so hemmungsloser wird der Ausdruck, um so überstürzt die Sucht nach dem Neuen und Ueberraschenden, um so hinwärtiger die stilistische Stille, um so deutlicher damit der Lebenskonflikt der modernen Kunst.“

Die gleichen widerstreitenden Tendenzen kommen in der künstlerischen Form selbst zum Ausdruck: „Die neue Form ist einmal das echte Produkt unserer kulturellen Situation, zum andern der Spiegel unserer Sehnsucht, diese Situation zu überwinden, — wie das ja noch bei jeder zeitlichen Gestaltung aller Zeiten so gewesen ist. Die neue Form ist nicht vom Himmel gefallen, noch die Ausgeburt von ein paar dreisten Viteraten und anderen

Breitenfelde bei Hammerstein in Westpreußen mitgeteilt wird:

Am Sonnabend nach dem Wahltage beging in einem Dorfe, das meist von Kleinbesitzern mit 20 bis 100 Morgen bebaut ist, der Landwirtschaftliche Verein ein Vergnügen. Ein Badarbeiter, der bei dem dortigen Gastwirt wohnte, nahm an dem Feste teil, jedoch schon nach kurzer Teilnahme verbot ihm der Vorsitzende die weitere Teilnahme. Später, als der Alkohol schon ein wenig auf die Gemüter gewirkt hatte, gab der Vorsitzende den wahren Grund seines Verhaltens zu erkennen, er äußerte nämlich: „Dieser Mann darf nicht mittanzen, denn es sind doch alles Deutschnationalen hier, und der hat am vergangenen Sonntag sozialdemokratisch gewöhlt.“

Bemerkenswert ist, daß das Fest dieser Deutschnationalen sich bis zum frühen Morgen ausdehnte, während in den Städten die Polizeistunde um 12 Uhr streng innegehalten wird. Die unvorsichtige Bemerkung des Vorsitzenden der Veranstaltung geschah wohl aus Herger über, daß die S.P.D. mit 160 gegen 141 deutschnationalen Stimmen an der Spitze marschierte.

Ein gefinnungstüchtiger Oberregierungsrat

Man schreibt uns:

Herr Pels-Beusden, seines Zeichens Oberregierungsrat im Reichspatentamt, hat sich während der Beratungen der Reichsbesoldungsordnung die Hosen abgelaufen, um die Abgeordneten der einzelnen Parteien — bis in die radikale Linke hinein — für seine und seiner Standesgenossen besonderen Wünsche zu gewinnen. Die Unterredungen im Parlamentsgebäude genügten ihm nicht. Er bombardierte die Abgeordneten mit Briefen unterwürfigsten Inhalts und ließ ihnen selbst in ihren vier Wänden keine Ruhe. Als dann das Besoldungsgesetz verabschiedet war und die sogenannten höheren Beamten dabei am besten ab schnitten, war es Herr Pels-Beusden, der seinen oberregierungsrätlichen Dank wiederum in der „alleruntertänigsten“ Weise den von ihm transferten Abgeordneten — und zwar bis in die radikale Linke hinein — beileich abstattete. Man sollte also annehmen können, daß der Mann vollstän zugesiedelt war, wie er es selbst schrieb. Um so eigenartiger muß es berühren, daß dieser selbe Herr Pels-Beusden in der — bekanntlich politisch streng „neutralen“ — Zeitschrift des Bundes höherer Beamter“ am 15. Februar unter der Spitzmarke „Akademiker macht auf!“ einen Wohlriktel vom 20. Februar veröffentlicht, in dem es zum Schluß heißt:

„Werft in der Doherklichkeit für die Parteien, die unseren gerechten Forderungen Unterstützung zulegen. Heißt mit der Waffe des Stimmzettels am 20. Februar d. J. die Mehrheit aus dem Preußenhaus verjagen, die für uns akademische Beamte so wenig übrig gehabt hat!“

Wie man eine solche Handlungsweise nennt, brauchen wir Herrn Pels-Beusden wohl nicht erst zu sagen. Sein Verhalten wird man sich jedenfalls merken müssen. Die Demokraten und das Zentrum werden vermutlich auch noch etwas zu der Angelegenheit zu sagen haben.

Die Beschäftigung der Reichsbesoldungsämter. Im Hauptauschuß des Reichstages wurde Donnerstag die Frage der Reichsbesoldungsämter erörtert. Ministerialdirektor Dr. Schulz (Reichschatzministerium) erklärte, daß die Auslichten auf behördliche Aufträge für die Reichsbesoldungsämter leider außerordentlich gering seien. Lediglich das Reichspostministerium hat sich bereit erklärt, in geringem Umfang Aufträge auf Schutzkleidung zu erteilen. Uebrigens ist durch eine Anordnung der Entente, wonach das Reichswehrministerium alle seine Verwaltungsämter, also auch die Reichsbesoldungsämter wieder übernehmen müsse, in die ganze Angelegenheit ein neues wesentliches Moment hineingetragen worden. Das Reichschatzministerium bittet, nachdem die Aufträge der Reichswehr und der Ordnungs-polizei stark zurückgegangen sind, um Beschlußfassung, wie die Beschäftigung der Reichsbesoldungsämter künftig zu gestalten sei. — Daran schließt sich eine Debatte der Ausschußmitglieder.

Der Stand der Entwaffnung. Nach Mitteilung des Reichskommisars für die Entwaffnung beträgt der Zugang an beschlagnahmten Waffen im Monat Februar: 4 Geschütze, 13 191 Gewehre, 1077 Pistolen, 4219 Handgranaten. Von den angemeldeten Waffen der Organisationen sind bisher 484 936 Gewehre einbezogen.

Logedieben. Sondern sie ist der treuliche Ausdruck des hastigen, komplizierten, eklektischen, unternehmenden Großstadtmenschen, des zivilisierten, technisierten, amerikanisierten Menschenmenschen, ist das Abbild des modernen Lebens mit seinen Ueberbeziehungen, heftigen Aktivitäten, unbegrenzten Möglichkeiten, mit seinem Mangel an wurzelnder Haltung. Die moderne Eile ist darin und die moderne Unsentimentalität, die Erfindungslust und die polemische Reizbarkeit, die Weltgespanntheit und Eigenrigidität, die Ordnungsgier und die darin sich verbergende Anarchie unserer Zeit. Nehmen wir nun ein Porträt, eine religiöse Darstellung, ein Igrisches Gedicht, eine satirische Komödie, mehr oder weniger pfeil in alledem die Lokomotive, rattert der Motor, zuckt der elektrische Strom, mehr oder weniger schlagen die daraus die dialedructen, sensationellen Artikelköpfe der Zeitungen, die großen Farden der Strophenplakate, die Gemimmel der Theatergarderoben, des Hamburger Hofens entgegen. Wie sollte denn die Melodie der Schreibmaschine, das Organisationsbild des preussischen Militärs, der Klang der Bogenlampen, der Geruch der Volksversammlungen keinen Eingang finden in die Fingierungen der Kunst?

Echliche Treue bei den Vögeln. So wahr es auch ist, daß die Tauben die zärtlichsten Liebhaber und die peinlichsten Beobachter der Gesehe der Galanterie sind, so wenig ist andererseits daran zu zweifeln, daß sie es im Punkte der ehelichen Treue nicht eben genau nehmen. Das gilt nicht nur für die wilden Tauben, sondern auch für die Hausstaube, die sich durchaus nicht scheut, den Ehekontrakt mit einem fähigen Schnabelstich zu zerbrechen. Bei dem Wettbewerb um die eheliche Zuverlässigkeit gebührt in der Vogelwelt unstrittig den Schwärmen der Preis, denen auch die bößsten Jungen in dieser Beziehung nichts nachzulegen können. Während es bei den Tauben ein Ausnahmefall ist, daß der überlebende Gatte dem toten Ehegatten über eine Saison hinaus die Treue hält, würde eine derartige Pietätlosigkeit bei den Schwärmen einen unerhörten Skandal bedeuten. Ihre erste Liebe bleibt gleichzeitig ihre einzige, die erst mit dem Tode erlischt, und daß der Tod der beschworenen ehelichen Treue ein Ziel setzt, ist eine Vorstellung, die das sittenstrenge Schwärmen gar nicht zu fassen vermag.

Ein Wohltätigkeitskonzert zum Nutzen der Vereins „Anderhelm“ und „Ritter und Lind“ findet Sonntag 12 Uhr mittags im Normalsaal am Zoo statt. Es bringt Mozart und Operarien und Duette unter Mitwirkung erster Künstler.

Romanik wird im Reichsthal am 18. März, 8½, nachmittags, von Heinrich Zimmermann (Vorsitzung in die Romanistik, Friedr. Kalenderger-Roch (romantische Worte), Ellen-Sarlen (romantische Lieber), W. Waldbachene (romantische Tull), und Lotta Baetow (romantische Tante) als erste Veranstaltung der „Vortragsgesellschaft deutscher Geistesarbeiter“ geboten.

Der Bund der Arbeitervereine (Ortsgruppe Koch-Berlin) veranstaltet am Sonntag, 13. März, 11 Uhr vorm., in der Brauerei Köhlerstr. 11, ein Vormittagskonzert.

Eine Vadaquatische Osterwoche veranstaltet das Gymnasium für Erziehung und Unterricht vom 31. März bis 6. April. Neben allgemeinen Themen über Ausdehnung und Schulreform werden vor allem aus dem Gebiet der Vadaquaten der philologischen Vertiefung des Unterrichts sowie der alten und neuen Sprachen Vorträge geboten. Nähere Auskunft durch die Geschäftsstelle, Potsdamer Str. 120.

Die ersten Abstimmungszüge.

Breslau, 10. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute nacht traf der erste Abstimmungszug in Oberschlesien aus dem Reich ein. Die Reisenden waren meist Arbeiter und Arbeiterfrauen aus dem sogenannten besetzten Gebiet um Duisburg, Ruhrort usw. Die Organe der Bergbewegung auf der langen Fahrt hat noch übereinstimmenden Berichten der Reisenden gut geklappt. Eine Anzahl Frauen hatte ihre Kinder mitgenommen, die während der Fahrt ausgeschiedet mit Milch usw. versorgt werden konnten. Alle befanden sich in ruhiger, zuverlässiger Stimmung. Von Katowitz aus werden die einzelnen Stimmbezirke gruppenweise in ihre Stimmbezirke geleitet. Weitere Abstimmungszüge treffen noch im Laufe des heutigen Tages in Oberschlesien ein.

Rückreise der internationalen Gewerkschaftskommission

Berlin, 10. März. (W.Z.) In der gestrigen Nacht wurden infolge eines bedauerlichen Mißverständnisses verschiedene Mitglieder der internationalen Gewerkschaftskommission auf der Rückreise von Oberschlesien auf einem hiesigen Bahnhof durch einen Beamten des Eisenbahnüberwachungsdienstes festgenommen und dem Polizeipräsidenten zugeführt. Hier wurde der Irrtum sofort aufgeklärt. Die Herren wurden unverzüglich entlassen und mittels zur Verfügung gestellter Kraftwagen in ihre Hotels befördert.

Zu dem bedauerlichen Vorfall erfahren wir noch: Die Delegation, bestehend aus den Genossen Timmen (Holland), Jouhaug (Frankreich), Boulton (England), ferner dem Schriftleiter des französischen Gewerkschaftsorgans „Peuple“ Har-mel, Bissell für Deutschland und den Genossen Abgeordneten Zusa und Gewerkschaftssekretär des polnischen Metallarbeiterverbandes Teller, hatte den Auftrag, eine Enquete in Oberschlesien über die dortigen Zustände im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung vorzunehmen. Wie wir bereits meldeten, wurde aber auf ausdrücklichen Befehl des Generals Le Rond die Einreiselaubnis unseren Genossen verweigert. Sie beschloßen jedoch, wenigstens nach Breslau zu fahren, um sich dort nahe an der ober-schlesischen Grenze soweit es ging zu informieren. Gestern mittig fuhren sie aus Breslau nach Berlin zurück, wo sie um 1/10 Uhr abends eintrafen.

Genosse Bissell, der im Südosten wohnt, stieg am Schlesischen Bahnhof aus, die übrigen Genossen fuhren nach dem Bahnhof Friedrichstraße weiter. Beim Aussteigen bemerkte der polnische Genosse Teller, daß er seine Aktentasche in einem Nebentaxi hatte liegen lassen.

Als er diese seine Wappe fand und wieder zu sich nehmen wollte, erklärte ein uniformierter Überwachungsbeamter der Eisenbahn die Wappe für konfisziert und ihren Inhaber für verhaftet. Naheinander wurden sämtliche anderen ausländischen Genossen, die sich beim Genossen Teller danach erkundigten, was denn los sei, ebenfalls für verhaftet erklärt. Als diese Genossen sich legitimierten, gab der intelligenteste Beamte die Antwort: Der deutsche Michel muß wieder einmal nach werden!

Sodann wurden die Verhafteten nach der Bahnhofswache Friedrichstraße gebracht, wo sie trotz neuerlicher Vorzeigung ihrer Ausweise nicht freigelassen wurden, sondern in Autos unter Bedeckung von Schutzpolizisten nach dem Polizeipräsidenten gebracht wurden. Am Polizeipräsidenten wurden sie zuerst zur Kriminalabteilung geführt, wo zuerst der Genosse Teller eine halbe Stunde lang verhört wurde, den übrigen Genossen wurde in der Zwischenzeit sehr barsch verboten, sich miteinander zu unterhalten. Schließlich erklärte sich die Kriminalabteilung für nicht kompetent und führte die Verhafteten nach der politischen Abteilung la. Dort wurden sie im Gegen-satz außerordentlich entgegenkommend und höflich behandelt. Der Kommissar sagte sich sofort telephonisch mit dem Genossen Bissell in Verbindung, und nach wenigen Minuten wurden sie wieder entlassen.

Der deutsch-nationale Beamte, der so tiefpeinlich deutsche Interessen geschädigt und durch seine Handlung den Eindruck des Einvernehmens von Le Rond verwischt hat, sollte zur Verantwortung gezogen werden.

Brusslow in Petersburg.

London, 10. März. (W.Z.) Nach den letzten hier eingetroffenen Meldungen sollen Trocki und Snowjew ihre Hauptquartiere in der Peter-Pauls-Festung aufgeschlagen haben, wohl auch General Brusslow dazugezogen sein soll, der zum Oberbefehlshaber ernannt wurde.

Kopenhagen, 10. März. (W.Z.) Einem Telegramm aus Helsingfors zufolge hat das Artillerief Feuer in Kronstadt Dienstag abend nach 9 Uhr wieder aufgenommen. Es wurde mit schwerer Artillerie geschossen. Im Laufe des Montags wurde in Kronstadt eine Anzahl Personen getötet. Nach glaubwürdigen Meldungen aus Terijoki ist die Festung Krasnaja Gorka in den Händen der Bolschewisten. Die Meldung, daß eine sinnlose bolschewistische Kompagnie während des Versuches, über das Eis zu gelangen, vernichtet wurde, bestätigt sich.

Prozeß Sonnenfeld.

Zu der heutigen Verhandlung sind als Zeugen Generalmajor Grauhoff, der frühere Reichstagsabgeordnete Davidsohn, Georg Ellarz und als Sachverständiger der Bäckereidirektor Bielow geladen. Vors.: Wird noch Gewicht auf die Vernehmung dieser Zeugen gelegt? Angekl. Ernst Sonnenfeld: Ich verzichte auf jegliche weitere Beweisaufnahme. Vors.: Wie stellen sich denn die übrigen Angeklagten dazu? Hermann Sonnenfeld: Ich bedauere, auf keinen Zeugen verzichten zu können. — Der Zeuge Georg Ellarz erklärt, daß er sich über die Art der Abrechnung selbst gar nicht äußern könne, da er sich darum so gut wie gar nicht kümmern konnte. Vors. (zu Ernst Sonnenfeld): Sie haben erklärt, daß Sie jetzt nicht mehr behaupten wollen, daß Herr Georg Ellarz irgendwelche rechtswidrigen Vermögensvorschieße sich verschafft habe. Ernst Sonnenfeld: Nein, ich kann das nicht mehr behaupten. Zeuge Ellarz: Ich bin durch diese Behauptungen in aller Deute Mund gekommen und viele Leute glauben auch heute noch, ich sei der größte Schieber Deutschlands. Ich erkläre: Ich habe niemals irgendwelche Schieberschäfte gemacht oder irgendwelche unsauberen Geschäfte. Vors.: Wie groß ist Ihr Schaden? Zeuge: Mein Schaden beträgt ca. 479 000 M. R. A. Grünspach: Es soll aber bei Sonnenfelds auch noch ein größerer Barbetrag gepfändet worden sein.

R. A. Haritz: Sowohl der Betrag von 266 000 M. ist gepfändet worden. — Vors.: Danach würde also ein wirklicher Schaden von etwa 213 000 M. übrig bleiben. Haben Sie nicht noch auf andere Weise einen Schaden erlitten? — Zeuge Ellarz: Ja wohl, durch Kursverlust und damit zusammenhängende Dinge. — Vors.: Es kommt dem Herrn Ernst Sonnenfeld darauf an, daß er Ihnen

jeden Schaden deden

wird und für alles aufkommt. — Zeuge Ellarz: Ja, wenn er das kann, wäre ich natürlich sehr zufrieden. — Vors.: Sie würden,

wenn Sie Ernst Sonnenfeld buchstäblich fänden, das Unrecht wieder gut zu machen, ihm weiter nichts nachtragen? — Zeuge: Ich würde ihm sogar in jeder Weise entgegenkommen und bereitwillig nicht, daß er nach Art des Versailler Friedensvertrages sein ganzes Leben lang verhaftet werde. — Vors.: Herr Ernst Sonnenfeld, wollen Sie Herrn Ellarz um Verzeihung bitten, damit er einverstanden ist, daß Sie milder beurteilt werden? — Ernst Sonnenfeld: Jawohl. — Vors.: Wird überhaupt noch behauptet, daß der Grund für die Zurückhaltung der Gelder die etwaigen Rechtsansprüche gewesen sind? — Ernst Sonnenfeld: Das sehe ich nicht. — Vors.: Sie haben also keine Veranlassung, zu behaupten, es beständen noch Rechteansprüche, nur seien Sie damals in dem Glauben gewesen. — Ernst Sonnenfeld: Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Glaube unberechtigt war. Damals habe ich das angenommen, weil ich auch an Herrn Ellarz irre wurde, nachdem von allen Seiten gegen ihn gehetzt war und ich daher meinte, daß etwas Wahres daran sein müsse. Das trifft auch auf die Behauptung von Lieferungen von Delikatessen usw. zu. Ich sehe jetzt ein, daß an der Sache weiter nichts dran ist.

Groß-Berlin

Rückgang des deutschen Briefverkehrs nach dem Kriege

Der Briefverkehr Deutschlands, der seit der Versetzungszeit erstmalig wieder im Jahre 1919 statistisch erfasst worden ist, ist für dieses Jahr nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen etwas unter den Stand von 1910 herabgegangen und umfaßte danach im Jahre 1919 72 Milliarden Sendungen. Dazu kommen noch 263 Millionen Päckerei- und Werksendungen, so daß sich der im Jahre 1919 durch die Reichspost beförderte Gesamtverkehr auf 75 Milliarden Sendungen gegen 10 Milliarden im letzten Vorkriegsjahre 1913 stellt. Dieser Rückgang ist zum Teil die Folge unseres durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Niedergangs und der durch den Versailler Vertrag erfolgten Verkleinerung Deutschlands sowie der Wegnahme seiner Kolonien. Zum kleineren Teile steht jener Rückgang allerdings nur auf dem Papier. In Deutschland, wie in allen übrigen Ländern des Völkerbundes, haben die Erfahrungen seit Jahren gelehrt, daß die beim Briefverkehr nach dem bisherige reinen Zahl- und Wiegeverfahren gewonnenen Zahlen in der Regel über den tatsächlichen Umfang des Verkehrs hinausgehen und daß sie sich als absolute Zahlen nicht verwenden lassen. Das Reichspostministerium ist deshalb dazu übergegangen, die prozentuale Durchführung der Briefpoststatistik im Interesse der Erhöhung ihrer Zuverlässigkeit von Grund auf umzugestalten. Bei dem im Reichspostgebiet erstmalig 1919 angewandten neuen Verfahren werden die durch Zählung gewonnenen Zahlen nur als Verhältniszahlen verwandt und auf Grund der tatsächlichen Gebühreneinnahmen dann errechnet. Das neue Ermittlungsverfahren bietet den weiteren Vorteil, daß die Dauer der Briefzählung bei den Postanstalten erheblich eingeschränkt werden konnte.

Die künftigen internationalen Telegrammgebühren.

Die Beschlüsse des Madrider Postkongresses 1920 sind, soweit sie die internationale Abrechnung unter den Vereinständern neu geregelt haben, auch für den internationalen Telegraphenverkehr künftig maßgebend. Nach diesen Beschlüssen wird fortan nach dem Goldfranken auf der Grundlage des Golddollars abgerechnet. Die internationalen Telegraphentarife, die in Franken aufgestellt sind, sehen sich zusammen aus den Gebührenanteilen der an der Telegrammabrechnung beteiligten Staaten. Das Aufgabenteil muß daher aus der bei ihm erhobenen Gebühr den übrigen beteiligten Ländern ihre Anteile vergüten. Während nun Deutschland diese Gebühr in der Rate von 10 Prozent erhebt, hat es den fremden Staaten ihre Anteile fortan in Goldfranken zu zahlen. Die vom Publikum erhobenen Gebühren müssen deshalb mit den an das Ausland zu leistenden Auszahlungen im Einklang stehen, wenn nicht das Reich auf Kosten aller Steuerzahler zugunsten der mit dem Ausland arbeitenden Telegrammanstalten erhebliche Zuschüsse leisten soll.

Es ist beabsichtigt, den in Deutschland zu erhebenden Markgegenwert, der in Franken festgesetzten Telegrammgebühren — das gleiche gilt für die internationalen Funk- und Fernsprechggebühren — vom 1. April ab nach dem Kurs für Dollarwechsel zu berechnen. Das ergibt eine namhafte Erhöhung der bisherigen Marksätze für die internationalen Fernschreiber; dies läßt sich aber nicht umgehen. Eine etwaige neue Einnahmequelle soll hierdurch bei den Telegrammen, Funktelegrammen und Ferngesprächen nach dem Auslande für die Reichspost nicht geschaffen werden. Damit bei Anwendung des neuen Erhebungsmaßstabes die Interessen des deutschen Außenhandels möglichst schonungsvoll erfahren, wird das Reichspostministerium allmonatlich prüfen, ob nach Lage des Geldmarktes eine Herabsetzung der Erhebungsätze möglich ist.

Einem vertwegenen Diebstahl

fürten Einbrecher am Märktischen Platz Nr. 1 aus, wo ihnen für 300 000 M. Herrenstoffe in die Hände fielen. Sie hatten es dort auf die Geschäftsräume der Luchfabrik von Gustav Weinzier abgesehen. Dieser hatte eine Einbrecherbande bereits vor einiger Zeit einen Besuch abgestattet, bei dem einer der vertwegenen Burden abführte und den Tod fand. Die Verbrecher waren vom Wasser her mit einem Kahn gekommen und waren dann, um an ein Fenster zu gelangen, auf das Gesims des Hauses geklettert. Dabei war einer der Einbrecher abgestürzt und hatte sich das Genick gebrochen. In der gestrigen Nacht wählten die Einbrecher den gleichen Weg. Es gelang ihnen auch, sich Zutritt durch ein Fenster, dessen Scheibe sie eindrückten, zu verschaffen. Durch dieses Fenster ließen sie sich dann an einem Strich, den sie aus Stoffen gefertigt hatten, hinab. Sie stahlen alsdann Luchballen im Gesamtwert von 300 000 M. Unten stehende Spiegelreflektoren luden die wertvolle Beute sodann auf ein bereitstehendes Automobil, das mit der kostbaren Ladung davonfuhr. — Bei der Firma Blum u. Comp. am Hausvogteiplatz 12 erbeuteten Einbrecher für 200 000 M. Seidenstoffe, besonders Crepde-Alpines. — Bei der Firma Rosenzweig in der Blumenstr. 1 für 40 000 M. Stoffe; in dem Geschäft von Salomon in der Lutherstr. 37 für 50 000 M. Strümpfe usw.

Verrechnungsgrundsätze der Gaswerke.

Mit der sogenannten „Gaskauten“, die in Wirklichkeit eine Vorauszahlung künftigen Gasverbrauches ist, gibt es immer wieder Ärger. Die Gaswerke der Stadt Berlin verfahren nicht nur rigoros bei der Einforderung solcher Kautionen, sondern zeigen sich auch bei bevorstehenden Nachfragen des Gasverbrauches eines bisherigen Abnehmers nicht sehr tolerant in Bezug auf die Rückzahlung der Kautien. Ein Gasautomatbesitzer, der zum 1. April nach außerhalb verzieht, glaubt, schon vorher eine Verrechnung der Kautien auf das fällig werdende Gasgeld beanspruchen zu dürfen. Als Anfang März der Geldhörer die Groschenbüchse leerte und rund 29 M. Zahlung zu fordern hatte, wurde ihm gesagt, man möge diese 29 M. auf die 60 M. betragende Kautien verrechnen, mit dem Rest der Kautien werde die Zahlung auf den Verbrauch aus dem März reichlich gedeckt werden können. Der Geldhörer erklärte, das dürfe er nicht, bei Verweigerung der Barzahlung müsse er die Gaszufuhr abschneiden. Nach einigen Tagen kam dann ein anderer Anrufer, der nochmals Barzahlung forderte und infolge erneuter Weigerung tatsächlich die Gaszufuhr abschneidete. Mit dieser Ablehnung der vorgeschlagenen Verrechnung wollte man folgenden Vorkommnis vorbeugen, das ein in demselben Hause wohnender Gasabnehmer vor zwei Monaten erlebt hat. Seine Frau hatte dem Geldhörer auf eine fehlerhafte Rechnung einen Betrag gezahlt, der ihr irrtümlich zum zweiten Male abgenommen wurde. Auf der Revisionsprüfung erkannte man den Irrtum an, aber die

Frau mußte sich lösen lassen, der zuviel gezahlte Betrag könne jetzt nicht zurückgezahlt werden, er werde ihr im nächsten Monat verrechnet — und so geschah es dann auch. Das sieht ja fast so aus, wie wenn die Gaswerkverwaltung sich nur da auf Verrechnung einläßt, wo es ihr paßt. Es versteht sich von selber, daß der zuviel gezahlte Betrag sofort zurückgezahlt werden muß. Ebenso selbstverständlich scheint uns, daß in dem eben geschilderten Falle die Abschneidung der Gaszufuhr eine durch nichts gerechtfertigte Maßregel war.

Die Lehren der Preußenwahlen.

Ueber dieses Thema referierte am Mittwoch in einer öffentlichen Versammlung der 29. Abteilung Genosse Kuttner. Die Schulaula Senefelderstraße, das Versammlungslokal, war bis auf den letzten Platz dicht gefüllt. Genosse Kuttner begründete in seinem Referat u. a. eingehend die (hier schon wiederholte) Stellungnahme der Landtagsfraktion zur Regierungsbildung. Die Ablehnung einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei fand stürmische Zustimmung, ebenso die Ablehnung der Unterstützung einer bürgerlichen Minderheitsregierung. Der Referent verhehlte nicht, daß die Gefahr einer Rechtsregierung nicht leicht zu nehmen sei, aber die Verantwortung für eine solche würden die Linken und Radikalen tragen, die den Wählern eingerechnet haben, das Wählen habe keinen Zweck, so daß eine halbe Million Arbeiter verdirbt und verärgert über die wilde Hegelei und Spaltung bei der Wahl zu Haus geblieben ist. Das nächste Verhalten hat ausschließlich den Reaktionsären genügt. (Sehr richtig!) Aus einer bitteren Lehre werde die Arbeiterklasse lernen und alles daransetzen müssen, die verlorene Position wiederzuerobieren. Bieseicht aber könnte diese schmerzvolle Lehre noch einmal gemieden werden durch eine Wiederbildung der alten Koalition, deren Weiterbestehen die Vollenkung der preußischen Verwaltungsreform ermöglichen und damit der Arbeiterklasse eine wichtige Machtposition erobern würde. — Der Vortrag fand stürmischen Beifall. Ein Kommunist sprach in der Diskussion, jedoch rein defensiv. Nachdem mehrere Genossen die Ausführungen des Referenten noch unterstützten hatten und nach einem Schlußwort des Referenten fand die in jeder Beziehung gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Parteilosheit und Parteipolitik. Ueber dieses Thema referierte in der Mitgliederversammlung der 10. Abteilung Genosse F. u. Die Versammlung nahm hierauf folgende Entschließung einstimmig an:

Ungeachtet der schwankenden Haltung prominenter Genossen in punkto Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei fordert die Mitgliedschaft der 10. Abteilung eine klare Einstellung des Parteivorstandes sowie der Reichs- und Landtagsfraktion auf den vom letzten Bezirkstag angenommenen Antrag Kuttner-Lübemann.

Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei hätte nicht nur einen Niedergang der Partei, sondern ein völliges Abströmen der Parteigenossen zur Folge; damit wäre ein Scheitern jeder gesunden Arbeiterpolitik verknüpft. Eine solche Koalition kann weder für die Arbeiterklasse nennenswerte Erfolge bringen, da hierbei die Sozialdemokratie nur den Reaktionsboden für eine bürgerliche Politik abgeben müßte.

In Konsequenz dieser Forderungen und im Hinblick auf unsere sozialistische Tradition lehnt die Parteigenossenschaft ein solches Kompromiß ab.

Geschlechtsleiden, ein düsteres Kapitel der Gesellschaft.

Ueber dieses Thema sprach der Frankfurter Arzt Dr. med. Silber im Berliner Stadtbanne in einer von circa 1000 Personen besuchten Versammlung. In der lebhaften Aussprache trat Dr. Widmann für die bekannnten Anschauungen der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein, und jedoch lebhaften Widerspruch, und mit großer Heftigkeit wurde eine Entschließung angenommen, in der es unter anderem heißt, daß die Verarmung in den Geschlechtskrankheiten ein Problem sei, dessen Lösung nur durch erzieherische und soziale Maßnahmen möglich sei, die vor allem die heranwachsende Jugend vor der Vererbung schützen. Von der medizinischen Zwangsbehandlung erwartet die Versammlung keinen Erfolg und verweist insbesondere die Vererbung des Colles über die Vererbung der Geschlechtsleiden seitens der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die in erzieherischer und sozialer Empfehlung des Safranins, Durafilbers und anderer medizinischer Mittel gipfelt. Die Entschließung fordert den freien Wettbewerb der verschiedenen Heilmethoden und die endliche Vereinfachung von öffentlichen Krankenhäusern für Vertreter jener Anschauung, die die Wände der Anstalten der naturgemäßen Verhütung und Heilung der Geschlechtsleiden zu erfüllen vermögen.

Mit seinen beiden Kindern tot aufgefunden wurde gestern vormittag in seiner Wohnung, Veteranenstr. 1, der 49 Jahre alte Schneidermeister Wilhelm Krüger. Als eine Verwandte die verschlossene Wohnung öffnen ließ, fand man den Mann mit seinem 10 Jahre alten Sohn Ernst und der 14 Jahre alten Tochter Betty in dem mit Gas angefüllten Schlafzimmer bewußlos vor. Wiederbelebungsversuche, die bei allen drei Personen angestellt wurden, blieben ohne Erfolg. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Ob ein Unglücksfall vorliegt oder Selbstmord, wird noch untersucht.

Der letzte Jahresabschluss der Städtischen Elektrizitätswerke für das Rechnungsjahr 1919/20 ist sodann den Stadtverordneten vorgegangen. Das Ergebnis dieses Geschäftsjahres, über das noch die alte, vor kurzem zurückgetretene Direktion berichtet, wird als günstig bezeichnet. Diese Wendung gegenüber den beiden letzten unglücklichen Jahren war im wesentlichen eine Folge der Reichsverordnung vom 2. Februar 1919, durch die den Elektrizitätswerken ermäßigt wurde, auf schiedsgerichtlichem Wege bestehende Lieferungsverträge den umstürzenden geänderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen. Die Städtischen Elektrizitätswerke haben hierbei besondere Mäßigung walten lassen, so daß die in ihrem Versorgungsgebiet maßgebenden Preise im allgemeinen günstiger sind als bei anderen großen Stromwerken. Der Stromverbrauch war allerdings geringer als 1918, aber die Einnahmen waren infolge der erwähnten Verordnung bedeutend höher; sie betragen von 56,6 auf 125,8 Millionen. Die Ausgaben betragen 115,8 Millionen, so daß sich im vorigen Jahre ein Ueberschuß von 10 Millionen ergab, gegen einen Mindereinnahme im Rechnungsjahr von 475 033 M.

Judische Welt und indische Weltanschauung, lautet das Thema eines Vortragsabends, mit dem die Abteilung Neumann des Bundesvereins der Sozialisten am Freitag, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Oberrealschule in der Lutherstr. 138 vor die Öffentlichkeit tritt. Schriftleiter Fr. a. S. I. a. d. n. Berlin, der den Vortrag übernommen hat, ist lange Jahre in Indien gewesen und wird seine Ausführungen durch Originalnotizen aus Indien unterstützen.

Die Nordbahn Treptow veranlaßt am Sonntag, den 13. März, ihre Öffnungsfeier. An den Damerrenn diesen sich Appellans, Emma, Anna und Salomon ein Treffen, in dem es zu heißen Kämpfen kommen dürfte. Die Arbeiter des Treptow, ein Prämiens, ein Vorkauf und ein Entschuldigungsvertrag. Vor dementsprechend hatten sich bereits 30 Arbeiter in die Reihen der Teilnehmer; unter ihnen: Stabs, Schwab, Gähler und Stolz. Die Rennen beginnen nachmittags 2 1/2 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Freitag, 11. März:

22. 451. Mitglieder der 42. Verbandsstelle der Kaufmannschaft müssen zu dem am Freitag, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula, Senefelderstr. 29, stattfindenden Parteitag erscheinen.
23. 109 (Oberrealschule). Kommunisten Komitee des Berliner Bundes und in Kommunistenvereinen des Bezirks 100000 im Präfekturamt Reinmann, Scharnau, die Parteitage, Freitag, 7 1/2 Uhr, Vortrag des Gen. Langenbrück über die Organisation des Bezirks.

Gewerkschaftsbewegung

Die Holzarbeiter vor dem Demobilisationsamt.

Seit etwa fünf Monaten dauern im Berliner Holzgewerbe die Verhandlungen zwischen den Arbeitern und den Holzindustriellen zur Herbeiführung eines Lohnausgleiches an. Eine Einigung konnte infolge des ablehnenden Verhaltens der Unternehmer nicht erzielt werden; auch der vom Schlichtungsausschuss einstimmig gefällte Schiedspruch wurde von den Berliner Holzindustriellen, unter Führung des Oberscharfmachers Paeth, nicht anerkannt. Die Organisationsleitung beantragte daher beim Demobilisationskommissar die Verbindlichkeit des Schiedspruches. Eine vom Demobilisationsamt für den 2. März angeordnete Sitzung wurde auf Antrag der Arbeitgeber verweigert. In einem späteren Verhandlungstermin am 8. März versuchte der Vertreter des Demobilisationskommissars, Herr Rechtsanwalt Hentel, den Unternehmern in vierstündigen Verhandlungen die Notlage der Berliner Holzarbeiter vor Augen zu führen, die durch Kurzarbeit und sonstige Belastungen ganz besonders leiden. Er machte unter Berücksichtigung der Verhältnisse im Gewerbe einen Vergleichsvorschlag von 10 Prozent. Die Arbeitgeber verweigerten zunächst den Schiedspruch als gesondert darzustellen, ein Unterfangen, das jedoch vom Vertreter des Demobilisationskommissars zurückgewiesen wurde. Wohl oder übel mußte sich der scharfmacher Paeth dem Vergleich unterwerfen, brachte jedoch zum Ausdruck, daß er kein Mandat habe, irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Dies sieht einzig und allein der Generalversammlung der Industriellen zu. Die Arbeitgeber verlangten von der Verhandlungskommission der Arbeitnehmer, daß zunächst in allen Betrieben die Arbeit bedingungslos aufgenommen werden müsse. Erst dann seien sie zu Verhandlungen geneigt. Um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, wurde von Arbeitnehmerseite der Vorschlag gemacht, daß sie bereit seien, wenn eine Verständigung auf einer gesunden Grundlage zustande komme, in allen bestreikten Betrieben die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Nachdem selbst der Vorsitzende einfiel, daß der Widerstand der Arbeitgeber nicht zu brechen war, legte er einen Vergleich fest, der vorsah, daß auf die bestehenden Löhne 8 Proz. zu zahlen sind. Den Parteien wird aufgegeben, bis zum 15. März ihre Stellungnahme dem Demobilisationsamt mitzuteilen. Die Arbeitgeber gaben die Erklärung ab, daß es nicht Aufgabe des Demobilisationsamtes sei, erneut von den wenigen Zugeständnissen Reduzierungen vorzunehmen, sondern den Spruch des Schlichtungsausschusses verbindlich zu erklären oder abzulehnen. Der Vorsitzende brachte dagegen zum Ausdruck, daß es ihm daran liegt, einen Vergleich herbeizuführen und auf eine friedliche Lösung hinzuwirken.

Auch zu diesem neuen Vorschlag stellten sich die Arbeitgeber grundsätzlich ablehnend, wollen ihn allerdings ihrer Versammlung mitteilen; brachten jedoch gleichzeitig nochmals zum Ausdruck, daß es nicht gelingen würde, überhaupt eine Lohnforderung durchzubringen, geschweige noch 8 Proz., und Paeth beschäftigte sich ernsthaft mit der Frage, daß die jeweilige Zeit dazu angeht sei, die Lohnsätze abzubauen.

Es wird nun an den Holzarbeitern liegen, zu dieser Situation Stellung zu nehmen und den Scharfmachern der Berliner Holzindustrie bei gegebener Zeit die Antwort erteilen, welche ihnen gebührt. Eine Generalversammlung, die am 15. März stattfindet, wird die weiteren Schritte beraten.

Keine Ueberschichten mehr!

Gestern fanden in Essen mit der Arbeitsgemeinschaft des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaus Verhandlungen statt, die sich mit der Frage der Verlängerung des Ueberschichtenabkommens im Kohlenbergbau befaßten. Generaldirektor Wiskott führte hierbei den Vorsitz; die Regierung war vertreten durch Regierungsrat Tiburtius vom Reichsarbeitsministerium, Regierungsrat Werner vom Reichswirtschaftsministerium und durch den Reichskommissar Reblisch. Gleichzeitig wurde über die beantragten Bohnerhöhungen in Verhandlungen eingetreten, die aber ergebnislos verlaufen sind. Das Ueberschichtenabkommen wird, wie die Dena meldet, ebenfalls auch provisorisch nicht verlängert werden. Auf den Zeichen wird am Freitag durch Ausschlag bekanntgegeben werden, daß vom Montag ab nur die regelmäßige normale Seilfahrt ohne Ueberschichten stattfindet. Ueber die Lohnfrage wird am Freitag, entsprechend den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, unter Leitung eines Vertreters vom Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Bei einem eventuellen Scheitern soll dann sofort der Schlichtungsausschuss seine Entscheidung fällen.

Ungeeignete Musiklehren. Oftern steht vor der Tür. Eine große Anzahl Schulanfänger wird wieder vor die Frage gestellt, welchen Beruf sie erlernen sollen, um sich eine gesicherte Existenz zu schaffen. Alle, die die Absicht haben, Musik als Beruf zu erlernen, werden eindringlich vor ungeeigneten Musiklehren gewarnt. Der Deutsche Musikerverband wird in Gemeinschaft mit dem Preussischen Kultusministerium das gesamte Musikunterrichts- und Musikerausbildungswesen reformieren durch Errichtung von Dreiklasserschulen für begabte Schüler, die sich auf den Musikerberuf vorbereiten wollen. Die erste Schule wird in aller nächster Zeit in Berlin unter Angliederung an die staatliche Hochschule errichtet werden. Weitere sollen schnellstens folgen. Die Schüler müssen sich einer Aufnahmeprüfung unterziehen, die sich auf Allgemeinwissen und musikalische Veranlagung und Eignung (Tonemp-

finden, rhythmisches Gefühl, gesungene Eignung (Hör, Augen, Zähne, Hände, Kehlen usw.) erstrecken soll. Als Lehrer an diesen Musikschulen sind nur sachlich und pädagogisch befähigte, sittlich und moralisch einwandfreie Personen zugelassen. Die Höhe des Schulgeldes wird sich in möglichen Grenzen bewegen. Eine Reihe von Freistellen soll geschaffen werden. Das erforderliche Lehr- und Unterrichtsmaterial soll von der Schule unentgeltlich gestellt werden. Die Ausbildungszeit wird im allgemeinen drei Jahre betragen. Schüler, die auf diesen Schulen ausgebildet sind, werden allen an sie gestellten beruflichen Anforderungen gerecht werden. Bis zur Gründung dieser Musikschulen, die in aller nächster Zeit erfolgen wird, sollten Eltern und Vormünder ihre Pflegepflichten nicht in Stadiumkassen geben, die ihnen nicht die Gewähr und auch nicht die Möglichkeit bieten, die jungen Menschen zu brauchbaren Musikern heranzubilden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (Eletrotechnischer Großverband). Versammlungen am Freitag, 3. Uhr bei Siemens, Willowstraße 28. Versammlung — Handelsarbeiter und -arbeitnehmer aus allen Betrieben der Damenwäscherei, Schürzen-, Unterrock-, Weißwaren- und Tapetiererei-Branche. Abends 8 Uhr im Lokal von Karl Wille, Volkstraße 29. Gruppenversammlung. — Gruppe Göttingen. Abends 8 Uhr im Lokal von Florian, Algestraße 21. Gruppenversammlung. — Chemischer und Mineralogischer Verband. Abends 7 Uhr, in Bismarckstraße, Seckelstraße 30, Gruppenversammlung.

Sammlungen der technischen Angehörigen und Beamten. Mitgliederversammlungen am Freitag, 7. Uhr im Restaurant „Schulz“, Pflanzweg am Bahnhof, abends 7. Uhr; am Samstag, 10. Uhr im Restaurant „Kogel“, Köpenicker Straße, abends 7. Uhr; am Sonntag, 10. Uhr im Restaurant „Kogel“, Köpenicker Straße, abends 7. Uhr. Versammlung der Beamten im Restaurant „Kogel“, Köpenicker Straße, abends 7. Uhr.

Soziales.

Die Wohnungsnot.

In der Halbmonatsschrift „Volkswohlfahrt“ veröffentlicht Regierungsrat Greißel einen interessanten Aufsatz über den Wohnungsmarkt in Preußen. Wir greifen aus dem Material Groß-Berlin und die Provinzen Brandenburg, Schlesien und Rheinland heraus. Die Tabellen zeigen, daß im zweiten Vierteljahr 1920 in Groß-Berlin 85 647 Wohnungen nachgefragt worden sind, denen ein Wohnungsangebot von 16 449 gegenübersteht, also noch nicht 20 Proz. der Wohnungsanfrage. In den vorgenannten drei Provinzen ergibt sich in dieser Hinsicht folgendes Gesamtbild:

Provinz	Kategorie	Nachfrage	Angebot	Proz. der Nachfrage
Provinz Brandenburg	Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner	2 997	807	27
	von 10- bis 50 000 Einw.	11 557	1 294	12
	50- bis 100 000	8 104	480	6
Provinz Schlesien	Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner	2 550	574	23
	von 10- bis 50 000 Einw.	8 436	2 075	25
	50- bis 100 000	11 207	1 558	14
Städte über 100 000 Einwohner	5 285	1 507	29	
Rheinprovinz	Gemeinden bis zu 10 000 Einwohner	3 258	920	29
	von 10- bis 50 000 Einw.	20 230	4 015	20
	50- bis 100 000	9 223	1 097	12
Städte über 100 000 Einwohner	91 413	15 708	17	

Diese Zahlen zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die in Deutschland bestehende Wohnungsnot. Wenn auch die Wohnungssuchenden nicht alle wohnungslos sind, sondern eine Anzahl von ihnen nur den Wunsch nach einem Wohnungswechsel hat, so handelt es sich doch nur um eine geringe Minderauszahl, da die große Mehrzahl der Wohnungssuchenden tatsächlich keine Wohnung hat oder nur ganz notdürftig untergebracht ist. Auch die Annahme, daß die angebotenen Wohnungen durch die Wohnungssuchenden nicht vollständig erfaßt worden sind, daß vielmehr eine Anzahl der leerstehenden Wohnungen bei den Nachweibern nicht angemeldet worden ist, ändert an dem festgestellten Verhältnis doch so gut wie nichts, denn groß kann die Zahl jener Wohnungen bei den jetzigen strengen Meldevorschriften auf keinen Fall sein. Die größte Nachfrage bestand in Groß-Berlin bei den Wohnungen von 1 Zimmer und Küche. Alsdann erfolgen in erheblichem Abstand (22 023) die Wohnungen, bestehend aus 2 Zimmern und Küche.

Wenn schon dieses allgemeine Ergebnis die Wohnungsnot in Deutschland im schlimmsten Lichte erscheinen läßt, so muß aber außerdem noch darauf hingewiesen werden, daß für die Beurteilung des Wohnungsmarktes die Zahl allein kein annähernd richtiges Bild gibt. Dazu wäre noch zu prüfen, wie viel der bewohnten Wohnungen überfüllt sind und wie viel bauliche und hygienische Mängel aufweisen oder in ihrer Besetzung schwere sittliche Mißstände befeuern lassen. Der bauliche und hygienische Zustand der Wohnungen hat sich in der Kriegszeit ganz erheblich verschlechtert. Ausbesserungen konnten wegen Mangel an Arbeitskräften und Material überhaupt nicht ausgeführt werden, so daß man kaum feigelt, wenn man behauptet, daß heute die Zahl der Wohnungen, die keine Mängel aufweisen, sehr gering sein wird.

Auch die Ueberfüllung der Wohnungen hat zweifellos erheblich zugenommen. Unter den Gründen des Wohnungsmangels sind zu nennen die Zahl der neugegründeten Ehen, die wenn auch nur geringe Bevölkerungszunahme überhaupt. Von großem Einfluß ist der Zustrom von Flüchtlingen aus den besetzten Gebieten und von Auslandsdeutschen. Vor dem Kriege wurden in

Deutschland im Jahr etwa 200 000 neue Wohnungen benötigt, außerdem waren etwa 100 000 Wohnungen als Ersatz für unbrauchbar gewordene Wohnungen notwendig. Während der letzten fünf Jahre hat die Bauaktivität fast ganz geruht. Die Zahl der fehlenden Wohnungen wird mit einer Million nicht zu hoch veranschlagt.

Das Existenzminimum.

In seiner „Finanzpolitischen Korrespondenz“ berechnet Dr. R. Kuczynski das Existenzminimum im Februar dieses Jahres. Danach waren die Kosten des Existenzminimums im Februar etwas niedriger als im Vormonat, aber um rund ein Fünftel höher als im Februar 1920. In Groß-Berlin kosteten Brot, Milch und Gas 10mal soviel wie vor sieben Jahren, Margarine und Biskuits 14mal soviel, Zucker 15mal soviel, Kartoffeln 22mal soviel. Dabei sind die Schleichhandelspreise noch nicht berücksichtigt. Von Februar 1920 bis Februar 1921 stieg der Preis für 1 Pfund Brot von 63 Pf. auf 1,18 M., Kartoffeln von 25 Pf. auf 55 Pf., Zucker von 1,40 M. auf 3,80 M. Für die rationierten Nahrungsmittel ergab sich von Februar 1914 bis Februar 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwösfache. Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 53,25 M. zahlen muß, konnte man vor sieben Jahren für 4,29 M. kaufen.

Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochenumschnitt nur ungefähr soviel, wie ein zweijähriges Kind benötigt. Beschränkt man sich soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 23 M., für eine Frau auf 37 M., für einen Mann auf 51 M. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Februar 1914 für ein Kind 1,65 M., für eine Frau 2,61 M., für einen Mann 3,60 M. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor sieben Jahren noch billiger, weil insbesondere Brot damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand.) Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Beifalls und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 9 M. (1913/14: 5,50 M.), für Heizung 16,10 M. (1,15 M.), für Beleuchtung 7,50 M. (0,75 M.). Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 30 M. (2,50 M.), Frau 20 M. (1,65 M.), Kind 10 M. (0,85 M.). Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehd., Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von $\frac{1}{2}$ (1913/14: $\frac{1}{4}$) machen müssen.

Auf den Arbeitstag gerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Februar 1921 danach für einen alleinstehenden Mann 25 M., für ein kinderloses Ehepaar 38 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 52 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 7900 M., für das kinderlose Ehepaar 11 800 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 350 M. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum Februar 1921 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 M. auf 151 M., d. h. auf das 9,04fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 M. auf 226 M., d. h. auf das 10,2fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 M. auf 314 M., d. h. auf das 10,9fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 10 Pf. wert.

Fürsorge für lungenkranke Kriegsbeschädigte.

Die Verpflichtung des Reiches zur Unterbringung der lungenkranken Kriegsbeschädigten steht gegenwärtig auf außerordentlich schwierigen Füßen, weil es dem Reich an geeigneten eigenen Lungenheilstätten fehlt und die privaten gemeinnützigen Anstalten wegen der ungeheuer verteuerten Unterhaltungskosten ihre Existenz kaum noch aufrechterhalten können. Wird ihnen nicht in irgendeiner Weise Hilfe gebracht, so ist die Gefahr nahegerückt, daß diese Heilstätten ihren Betrieb schließen müssen. Das Reich müßte solchen Fällen für ungefähr 2000 Kranke, die es in seine eigenen Anstalten nicht aufnehmen kann, angemessene Unterkunft beschaffen. Unter solchen Umständen ist es zweifellos zweckmäßiger, den bereits vorhandenen gemeinnützigen Heilstätten eine Beihilfe aus Reichsmitteln zu gewähren, damit sie über die schweren Zeiten hinwegkommen. Wie die „Dena“ erzählt, soll zu diesem Zweck im nächsten Etatsjahre eine Million Mark zur Verfügung gestellt werden.

Aus aller Welt.

Großfeuer in Terzha. In den großen Stahlwerken Terzhas brach gestern infolge Kurzschlusses ein großer Brand aus, der einen Schaden von ungefähr dreißig Millionen Kronen anrichtete. Zahlreiche Maschinen wurden beschädigt und unbrauchbar gemacht.

60 Personen bei einer Explosion getötet. Aus Athen wird gemeldet, daß ein Munitionsdepot bei Saloniki explodiert ist. 60 Personen wurden getötet und eine große Anzahl von Personen verwundet.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichstag der Kriegsbeschädigten. Freitag, 3. März, abends 7. Uhr, im Hotel „Kaiserhof“, Eberswalder Straße 136. — **Centralverband der Sozialen und Armen Deutschlands.** Freitag, 3. März, abends 7. Uhr, im Hotel „Kaiserhof“, Eberswalder Straße 136. — **Sonntag, 13. März, vormittags 10 Uhr.** Mitgliederversammlung im Lokal von E. Schwamm, Eberswalder Str. 11. Gäste willkommen.

Veranst. für den reif. Teil. Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Frauen: Dr. Giese, Berlin; Vortrag: Vormittags 10 Uhr, im Hotel „Kaiserhof“, Eberswalder Straße 136. — **Sonntag, 13. März, vormittags 10 Uhr.** Mitgliederversammlung im Lokal von E. Schwamm, Eberswalder Str. 11. Gäste willkommen.

Herren-
Anzug, Paletot, Winter-Stoffe,
engl. „Dovey“, eleg. „Reubens“
Str. 50, 100, 150, 200 M.
Aus langjährige Verbindungen mit ausübendsten
Fabrikanten können wir preiswerte gute Qualitäten.
Gegr. 1898. **Tuch-Lager** Gegr. 1903.
Koch & Seeland G. m. H.
Gertraudenstr. 20, 21.

Das Christusproblem gelöst! Soch. erschien: Vor 1000 Jahren? In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Eszterhändes, einer Art Freimaurer-Verbindung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandria. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Frau Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denker der Welt wird unbefriedigt aus der Hand legen.
Preis Mk. 0,50 und Mk. 1,10 fr. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42

Nugeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen,
Gas-Siede-Röhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie als Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Wossplatz 19072. (Ede Voltairerstraße) Wossplatz 19071.

Leiterwagen
u. alle and. Transportgeräte
liefert billigst Großer Vorrat.
Georg Wagner, Cöpenicker
Str. 71. Kein Ladengeschäft.

Blattwurm
unentgeltliche Beiträge des Ge-
sichts, Blutüberdruck, Husten
beruht auf überhöhten „Moru-
bin“. Seit 20 Jahren bewährt.
Dose M. 12,50. Otto Reichel,
Berlin 43, Eichenbühlstraße 4

Technikum Eutin
Maschinenbau und Baufach
Sonderkurse z. Verkürz. d. Studiums

Gartenlandparzellen
zur Bewirtschaftung, Kapitalan-
lage u. d. Behausung. Vor-
züglich geeignet, sehr bequem
erreichbar.
von 85 M. an die BR.
Auskunft auch Sonntags,
Niederbachhausen, Kaiser-
Wilhelm-Str. 47, am Straßen-
bahnhof Nordend. Amt Mo-
abit 9673. [LAD]

DER AUFSTIEG
Führer durch die Geschichte der
deutschen Arbeiterbewegung
von Franz Klühs
Ein empfehlenswertes Buch für
jed. n., insbesondere auch für die
Frauen, das den Entwicklungsgang
der deutschen Arbeiterbewegung
trefflich schildert.
Mit einem Wegweiser in die
einschlägige Literatur.
PREIS 1,30 MARK
Buchhdlg. Vorwärts
Berlin SW 68,
Lindenstr. 2

Der Hauskalender des Volkes
ist der
Vorwärts-Almanach 1921
In Tieddruck reich illustriert, enthält
er eine Fülle von Unterhaltung und
Belehrung sowie die Bilder der
Reichstagsabgeordneten.
Preis 4,80 M. Kein Teuerungszuschlag!
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Damenhüte
aller Art werden nach
neuesten Modellen
in erstklassiger Aus-
führung wie neu
umgepreßt.
Herrenhut-Reparatur
in alibekannter guter
Ausführung.
HUTFABRIK
W. C. Lange
Elsasser Straße 54
Nähe d. Filialstr.

Gartenland!
unentgeltlich ertragreicher Boden,
auch an fertigen Straßen,
Wasser, Gasleitung, preiswert
u. d. warmen Beding. Röh-
rleitung (Bahnhof Grünau),
Germanenstr. 40 (nachm. 9-6).

Pianos
gebrauchte, neue, bis auf
Steinblöcke Ge-
legenheitskäufe.
Pianohaus Neufindt
Alexanderstr. 37
Telefon 1011

Jung hübsch und schick
sind Sie in einem Hut aus
Ecksteins Hutfabrik
Invalidenstr. 28, Ecke Chausseestr., 1. Trepp.
Elegante Modelle, Hutformen,
Schleier, Borten sowie sämtl. Zulaten.
Alle werden nach neuesten Formo-
ren in bekanntester Ausführung
umgepreßt.

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen
durch die bekannten Ver. aufstellten
C. Röder, Berlin, Eichenbühlstr. 22. Abh. Nr. 2861.

NEVEN & CO.
Spezialhaus für
Holz-Aufwaschtische
Marmor-Waschtische
Bade-Einrichtungen
Sanitäre Steingutwaren
Berlin C 19 Untergrundbahnhof
Wallstr. 25 Splittmarkt-Inselbrücke